

## PATIENTENORGANISATIONEN

**Datenbank über Pharmazuwendungen**

Knapp 5,9 Millionen Euro haben Pharmaunternehmen im vergangenen Jahr an Patientenorganisationen gezahlt. Empfänger, Höhe und Zweck der Zuwendungen sind in einer Datenbank auf der Webseite des Vereins Freiwillige Selbstkontrolle für die Arzneimittelindustrie (FSA) abrufbar: <http://d.aerzteblatt.de/QG21> Die Daten basieren auf Angaben der Unternehmen, wie der FSA betont.

Mit der Veröffentlichung wolle der Verein unbegründeten Vorwürfen und falscher Pauschalkritik den Boden entziehen, erklärte FSA-Geschäftsführer Holger Diener: „Die Offenlegung von Zuwendungen der pharmazeutischen Industrie an Pa-

tientenorganisationen fördert die Vertrauensbildung und sichert die Neutralität und Unabhängigkeit der Organisationen.“

Im Laufe der ersten Jahreshälfte 2016 soll diese Art der Transparenz auch auf den ärztlichen Bereich ausgedehnt werden. Dann sollen sämtliche Zuwendungen an Ärzte sowie Angehörige der Fachberufe und medizinischen Einrichtungen ebenfalls veröffentlicht werden.

Der Verein Freiwillige Selbstkontrolle für die Arzneimittelindustrie wurde 2004 vom Verband forschender Arzneimittelhersteller gegründet. Dem Verein gehören 60 Pharmaunternehmen an. **HK**

## ERNÄHRUNG

**Minister gegen Steuer auf zuckerhaltige Getränke**

Bundesernährungsminister Christian Schmidt (CSU) lehnt eine Steuer auf zuckerhaltige Getränke nach dem Vorbild von Plänen in Großbritannien ab. Die Einführung von Abgaben auf Lebensmittel, die in einer ausgewogenen Ernährung nur in Maßen verzehrt werden sollten, sei

drinks herstellen oder importieren. Die Abgabe soll rund 660 Millionen Euro einbringen, die in den Grundschulsport fließen sollen.

Die Getränkeindustrie sprach sich mit Blick auf den neuen britischen Vorstoß dagegen aus. „Eine Softdrink-Steuer macht nicht schlank oder gesund, sondern ist Symbolpolitik“, sagte der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke, Detlef Groß. „Übergewicht ist ein komplexes Phänomen, für das es keine Zaubерlösung gibt“, betonte er. Dieser gesellschaftlichen Herausforderung sei nicht mit einer einseitig diskriminierenden Steuer auf eine einzelne Produktkategorie zu begegnen, zumal Softdrinks nur einen kleinen Teil der täglichen Kalorienaufnahme ausmachen.

Das Ministerium betonte: „Ziel ist es, die Menschen von einem gesunden Lebensstil zu überzeugen und nicht durch ‚Strafgebühren‘ oder gesetzliche Verbote zu einem anderen Verhalten zu zwingen.“ Der Schlüssel dazu liege in der Ernährungskompetenz, die mit Aufklärung und Informationen schon in der Kindheit gefördert werden solle. **dpa**



Foto: dpa

**Christian Schmidt**, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, ist gegen eine Strafabgabe.

nicht zielführend, sagte ein Ministeriumssprecher. Erfahrungen in anderen EU-Ländern zeigten, dass dies in aller Regel nicht die gewünschte Lenkungswirkung habe. Zudem wäre damit ein hoher Verwaltungs- und Kontrollaufwand verbunden.

Die britische Regierung hatte im Kampf gegen Übergewicht Mitte März eine Steuer für Unternehmen angekündigt, die zuckerhaltige Soft-

**RANDNOTIZ****Heike Korzilius**

2 128 Nieren wurden 2014 in Deutschland verpflanzt. Davon stammten 620 von lebenden Spendern. Angesichts von 8 000 Patientinnen und Patienten, die derzeit auf eine Spenderiere warten, muten die Zahlen der Deutschen Stiftung Organtransplantation bescheiden an. Thomas Peters, ein US-amerikanischer Chirurg, hat jetzt in der Zeitschrift JAMA Surgery angeregt,

**50 000 Dollar für eine Niere**

finanzielle Anreize zur Steigerung der Spendenbereitschaft „vorsichtig“ zu testen. Eine Befragung von gut 1 000 US-Bürgern hatte nämlich ergeben, dass die Zahlung von 50 000 Dollar es für 59 Prozent wahrscheinlicher machen würde, eine Niere zu spenden. Wenig überraschend ist, dass die Bereitschaft, für Geld ein Organ abzugeben, bei Menschen mit geringem Einkommen besonders groß ist ([www.aerzteblatt.de/n66136](http://www.aerzteblatt.de/n66136)).

Chirurg Peters rüttelt an einem Tabu. In Deutschland ist es, wie in den meisten Staaten weltweit, verboten, Organe gegen Geld zu spenden. Eine Lebendspende kommt generell nur für nahe Verwandte des Organempfängers infrage oder für Personen, die dem Patienten emotional eng verbunden sind. Schon das ist heikel. Denn niemand ist verpflichtet oder darf emotional unter Druck gesetzt werden, einen Teil seines Körpers zu spenden. Das mag aus Sicht derjenigen, die verzweifelt auf ein Organ warten, ethisch abgehoben klingen. Aber es ist auch im Interesse der Betroffenen, dass es bei der Organspende gerecht zugeht. Das heißt, dass die viel zu wenigen verfügbaren Organe an diejenigen verpflanzt werden, die sie am nötigsten brauchen und nicht an diejenigen, die das meiste Geld dafür bezahlen. Und auf Anzeigen wie „Tausche Niere gegen Schulgeld“ kann man auch verzichten.